

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

Sitzungstermin: Dienstag, 03.12.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Raum, Ort: Besprechungsraum Campus, Maria-Theresia-Allee 38, 52064 Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Iris Lürken

Bemerkung

Gremienmitglieder

Name

Holger Kiemes

Jöran Stettner

Peter Blum

Jörg Bogoczek

Julia Brinner

Relindis Becker

Henning Nießen

Dr. Heike Wolf

Marco Terporten

Dr. Anja Fitter

Marcus Liebmann

Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Dr. Andreas Nositschka

Simon Janko

Barbara Stockem

Safi Özbay

Dieter Formen

Bemerkung

Vertretung für: Kaj Neumann

Vertretung für: Gero Matthias Schuch

Vertretung für: Rolf Schumacher

Schriftführung

Name

Andrea Schürmann

Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name

Kaj Neumann

Maik Rieger

Gero Matthias Schuch

Rolf Schumacher

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

sachkundige Bürger*innen/ Einwohner*innen**Name**

Reiner Nerlich

Bemerkung

entschuldigt

Gäste:

Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.09.2024 (öffentlicher Teil)	FB 36/0545/WP18
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 02.10.2024 (öffentlicher Teil)	FB 36/0547/WP18
4	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Aachen 2025	FB 37/0062/WP18
5	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen; Haushaltsjahr 2024; Produkte 021501 Brandbekämpfung und 021701 Notfallrettung: Baumaßnahme im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans und des Rettungsdienstbedarfsplans – Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Richterich und Rettungswache Richterich, Roder Weg 7 - ; Entwurf mit Kostenberechnung (Lph 3) sowie erweiterter Planungsbeschluss (Lph 4, 5, 6)	FB 37/0063/WP18
6	28. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen	FB 60/0155/WP18
7	24. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen	FB 60/0156/WP18
8	Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln - zweiter Planentwurf, hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der erneuten Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz	FB 61/1038/WP18
9	Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 976 "Im Ginster / Erweiterung Gewerbegebiet"	FB 36/0544/WP18
10	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Sie dankt Herrn Stettner und Herrn Kiemes für die Vertretung in den letzten beiden Sitzungen.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.09.2024 (öffentlicher Teil) ungeändert beschlossen FB 36/0545/WP18

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 10.09.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig , 3 Enthaltungen

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 02.10.2024 (öffentlicher Teil) ungeändert beschlossen FB 36/0547/WP18

Ratsherr Kiemes bittet um Ergänzung bei TOP 7: Hier habe er gebeten, dass das Gutachten im Ausschuss besprochen werden solle.

Ratsfrau Dr. Wolf bittet um Änderung im Titel der Vorlage. Hier muss es richtig lauten: Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 01.10.2024.

Herr Prof. Dr. Müggenborg bittet darum, unter TOP 6 der Niederschrift auf Seite 8 das Wort „Löschmitteldatenblätter“ durch das Wort „Sicherheitsblätter“ zu ersetzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 01.10.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 3 Enthaltungen

**Zu 4 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Aachen 2025
ungeändert beschlossen
FB 37/0062/WP18**

Ratsfrau Dr. Wolf bittet um Erläuterungen zu den Mehrbedarfen, die in der Vorlage genannt sind.

Herr Bierfert / FB 37 erläutert, dass es einen zusätzlichen Führungsdienst geben werde. Für diesen sei eine weitere Funktion Führungsassistenten erforderlich. Die sonstigen Mehrungen ergeben sich aus der geplanten Indienstnahme der Interimswache 4 im kommenden Jahr und seien bereits als Soll im Brandschutzbedarfsplan 2018 ausgewiesen.

Ratsfrau Dr. Wolf möchte gerne wissen, inwieweit die Aufgaben zwischen Freiwilliger Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr aufgeteilt seien.

Herr Bierfert geht auf die Ausführungen im Gutachten ein.

Ratsherr Kiemes hat Fragen zu dem Personalbedarf.

Es sei über das Gutachten gesprochen worden, jedoch lägen die Angaben zu der Organisationsuntersuchung dem Ausschuss nicht vor.

Er stellt sich die Frage, warum der Autor des Konzeptes erwähne, dass man auf die Einsatzzeiten achten müsse.

Herr Bierfert erläutert, dass man im Brandschutzbedarfsplan von „Funktionen“ spreche.

Erst danach greife die Stellenplanung, die im Rahmen der Organisationsuntersuchung betrachtet wurde. Im Wesentlichen gehe es bei den Mehrbedarfen um die Führungsassistenten. Nicht alles sei aus dem Bedarfsplan 2018 umgesetzt worden, so dass sich die Organisationsuntersuchung aus den noch offenen Stellen aus 2018 und aus den neuen Bedarfen ergebe.

Die Bedarfsplanung berücksichtige die Planungen von FB 68 zum Mobilitätskonzept.

Beim Brandschutz sei die Erreichbarkeit bei 4 Wachen unproblematisch, da die Innenstadt von 2 Seiten erreicht werden könne.

Im Bereich des Rettungsdienstbedarfsplans sei die Erreichbarkeit der einzelnen Bereiche ggf. detaillierter zu betrachten.

Ratsherr Bogoczek möchte gerne wissen, warum Brand und Kornelimünster unterschiedlich eingestuft würden.

Hier heiße es einmal „dringend erneuerungsbedürftig“ und zum anderen „erneuerungsbedürftig“.

Herr Bierfert erklärt, dass das, was in der Oktober Sitzung zum Sachstand Standorte vorgetragen worden sei, der derzeit aktuelle Stand sei.

Die Erläuterungen bei der Abstufung der Dringlichkeit werde er für das Protokoll nachliefern.

Ratsherr Nießen stellt fest, dass der Einsatz für Leib und Leben sehr wichtig sei.

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage sei es jedoch auch wichtig, darauf zu achten, nur so viel auszugeben, wie unbedingt nötig.

Dr. Nositschka geht auf die Punkte zur Mobilität ein.

Solange die 4. Wache nicht gebaut sei, sei das Konzept von 2018 nicht umgesetzt.

Er fragt daher nach, wie realistisch es sei, die benötigten Stellen auch besetzen zu können.

Herr Bierfert erläutert, dass auch derzeit einige Planstellen nicht besetzt seien.

Man plane und arbeite an einem Konzept, die Planstellen in 5 bis 10 Jahren besetzen zu können.

Bisher seien die Mitarbeiter bereit, die erforderliche Mehrarbeit zu leisten.

Ratsherr Kiemes möchte bezogen auf Walheim und das Mobilitätsthema in dem Zusammenhang gerne wissen, was konkret zu beachten sei, z.B. bei automatisch absenkbaren Pollern, Ampeln mit Vorrangschaltungen usw. .

Herr Bierfert erläutert, dass es bei der Planung des jeweiligen Einsatzes auf die Frage ankäme, ob es ein zeitkritischer Einsatz sei oder nicht.

Man stimme sich bezogen auf die konkreten Planungen bei Veränderungen im Bereich Mobilität eng mit FB 68 ab.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Brandschutzbedarfsplan 2025 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die Genehmigung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Aachen 2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen;
Haushaltsjahr 2024; Produkte 021501 Brandbekämpfung und 021701 Notfallrettung:
Baumaßnahme im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans und des Rettungsdienstbedarfsplans
– Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Richterich und Rettungswache Richterich, Roder Weg 7 - ;
Entwurf mit Kostenberechnung (Lph 3) sowie erweiterter Planungsbeschluss (Lph 4, 5, 6)**

FB 37/0063/WP18

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass eine neue Vorlage mit einer geänderten Beratungsfolge bereits erstellt wurde.

**Zu 6 28. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen
ungeändert beschlossen
FB 60/0155/WP18**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 28. Nachtrages zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen. Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2025 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 7 24. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen
 ungeändert beschlossen
 FB 60/0156/WP18**

Ratsherr Nießen stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Kleinkläranlagen rapide abnehmen würden und hält es für erstrebenswert, die Abschaffung der Kleinkläranlagen weiter zu beschleunigen. Gerne möchte er wissen, ob dies durch die Verwaltung beeinflusst werden könne.

Herr Beigeordneter Thomas sagt zu, die Beantwortung der Frage nachzureichen.

Ratsherr Blum erläutert, dass es auch bezogen auf die Örtlichkeit sein könne, dass ein Anschluss an das Kanalnetz mit sehr hohen Kosten verbunden sei.

Herr Meiners erläutert, dass der Fachbereich bei Stellungnahmen gefragt werde. Die entstehenden Kosten des Anschlusses müssten durch den jeweiligen Eigentümer getragen werden, so dass es diesbezüglich auch einer Güterabwägung bedürfe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 24. Nachtrages zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen. Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2025 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

**Zu 8 Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln - zweiter Planentwurf, hier:
 Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der erneuten Beteiligung gemäß § 13 Landes-
 planungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz
 geändert beschlossen
 FB 61/1038/WP18**

Die Ausschussvorsitzende beginnt die Aussprache, indem sie ihre Verwunderung über die Stellungnahme der Stadt insbesondere bezogen auf den Bereich „Camp Hitfeld“ zum Ausdruck bringt. Die Stellungnahme entspreche nicht der bisherigen Beschlusslage in den Ausschüssen.

Ratsfrau Brinner äußert ihre Verwunderung ebenfalls, da die Beschlüsse zu „Camp Hitfeld“ nicht den zurückliegenden Beschlüssen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und dem Planungsausschuss entsprechen würden.

Sie verteilt daher einen geänderten Beschlussentwurf.

Es sei gewünscht, dass man sich beim Regionalplan an den FNP hält.

Ratsherr Kiemes wundert sich, da es sich bei der Vorlage um eine Kenntnisnahme durch den Ausschuss handle. Ihm fehle die Aussprache in den Ausschüssen bevor die Verwaltung eine solche Stellungnahme herausgeben würde.

Herr Dr. Nositschka hält die Vorgehensweise „für ein Unding“. Er bittet darum, derartige Dinge vorab dem Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen, bevor die Verwaltung derartige Stellungnahmen abgebe.

Herr Prof. Muggenborg geht auf die Frage der Altlasten auf dem Grundstück Camp Hitfeld ein. Die Streitkräfte hätten sich verpflichtet, Grundstücke in einem ordnungsgemäßen Zustand zurück zu geben. Er fragt nach der Gefährdungslage und ob es Verunreinigungen im Wasser gäbe.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Günther / FB 61.

Er erläutert, dass die Stellungnahme unter dem Gremiumsvorbehalt abgegeben worden sei. In der Vergangenheit wäre bei derartigem Vorgehen der Beschluss des Planungsausschusses nachträglich eingeholt worden.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass er die Vorlage nicht als Widerspruch zu der 1. Stellungnahme sehen würde.

Aus seiner Sicht gäbe es keine Abweichung zum FNP.

Die Frage zu den Schadstoffen habe es in der Vergangenheit bereits gegeben.

Der Bereich Diesel/ Öltank der ehemaligen Tankstelle sei bereits vor Jahren saniert worden.

Viele Bereiche seien noch asphaltiert.

Zu der Vorgehensweise bei der Stellungnahme erläutert er, dass die Stadt für die Stellungnahme 3 Tage Zeit gehabt hätte und die Entscheidung so im Verwaltungsvorstand getroffen worden sei.

Herr Günther / FB 61 erläutert, dass beim 1. Entwurf 2022 die Fachausschüsse und der Rat beteiligt worden seien. In diesem Zuge sei auch der FNP festgeschrieben worden.

Das was nun im Regionalplan dargestellt sei, weiche nicht vom FNP ab.

Die aufgetretenen Unklarheiten seien der kurzen Frist für die Stellungnahme geschuldet, was er bedaure.

Die Ausschussvorsitzende fasst abschließend die gemachten Ausführungen der Verwaltung zusammen. Die Stellungnahme bedeute für die jetzige Regionalplanung keine Änderungen.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, den Ausschuss in der Zukunft über die weitere Entwicklung wie auch zu den z.B. von Herrn Prof. Müggenborg gestellten Fragen zu unterrichten.

Die Ausschussvorsitzende verliest den geänderten Beschlussentwurf und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Neuaufstellung des Regionalplanes und die Stellungnahme der Stadt Aachen, im Rahmen der erneuten Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz, am zweiten Planentwurf zur Kenntnis.

Er stellt fest, dass die bestehenden Beschlüsse zum FNP und die darin gefundenen Nutzungskompromisse selbstverständlich bis zu einer etwaigen erneuten Beratung in den zuständigen Ausschüssen weiterhin Bestand haben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 976 "Im Ginster / Erweiterung Gewerbegebiet" ungeändert beschlossen FB 36/0544/WP18

Ratsfrau Brinner findet es gut und wichtig in den Planungen viel Grün und Hecken zu berücksichtigen.

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass es grundsätzlich kritisch bewertet werde, wenn Flächen versiegelt werden.

Die Firma Geulen sei regional und sozial stark engagiert. Es falle daher leichter der Ausführung zuzustimmen.

Ratsherr Kienes wertet das Konzept und die Ausführung in der Kombination als begrüßenswert.

Das weniger Ackerfläche entfallen als zunächst geplant, werte er positiv.

Ratsherr Blum geht auf die Planungen ein und schließt sich den Äußerungen von Herrn Dr. Nositschka an. Es gehe auch um Arbeitsplätze.

Herr Formen geht darauf ein, dass Ackerland verloren gehe und Nachhaltigkeitsaspekte insoweit nicht berücksichtigt worden seien.

In der Vorlage sei bei den Merkmalen zur Klimarelevanz „nicht eindeutig“ angekreuzt. Hier bittet er um Erläuterung.

Nach weiterer Aussprache erläutert Herr Meiners die gestellten Fragen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss die Integration des Umweltberichtes in die Begründung zur Offenlage des Bebauungsplans Nr. 976.

Darüber hinaus beschließt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den Grünkonzeptplan für den Bebauungsplans Nr 976.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Iris Lürken
Ausschussvorsitzende

Andrea Schürmann
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin